

**Statement bei der Fachtagung „Aufgaben und Herausforderungen für die Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg“ der Landtagsfraktion DIE GRÜNEN
am 8. April 2019**

Dr. Hermann Huba

Die Allgemeine Weiterbildung in Baden-Württemberg sieht sich aktuell vor allem mit vier gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Stichworte sind: Alphabetisierung, Digitalisierung, Integration und Stärkung der Demokratie.

Hinzu kommen eine institutionelle Herausforderung für die Weiterbildungseinrichtungen und eine finanzielle Herausforderung für das Land.

I. Gesellschaftliche Herausforderungen

1. Alphabetisierung

Schon die schlichten Zahlen sprechen eine überdeutliche Sprache. In B-W leben knapp 1 Million funktionale Analphabeten. Derzeit erreichen alle Träger zusammen in rund 125 Kursen - 100 davon an Volkshochschulen - rund 1000 Teilnehmende (TN) im Jahr. Wenn es keine 1000 Jahre dauern soll, den Betroffenen die volle gesellschaftliche Teilhabe zu verschaffen, muss sich die Zahl der Kurse und der TN mindestens verfünffachen. 5000 TN à 1800 Euro erfordern eine Kursförderung von 9 Millionen Euro jährlich.

Das ist die Größenordnung, und zwar ausschließlich der **Kursförderung**, ab der man von einer Alphabetisierungsoffensive sprechen könnte. Die gegenwärtigen Mittel sind dafür bei weitem nicht hinreichend.

Weitere Mittel müssten in den Auf- und Ausbau regionaler Grundbildungszentren investiert werden, deren maßgebliche Aufgabe aufsuchende Bildungsarbeit sein muss. Ich komme darauf zurück.

2. Digitalisierung

Unbestreitbar verändert die Digitalisierung die Möglichkeiten und die Bedingungen der individuellen und gesellschaftlichen Kommunikation, der Arbeit, der Bildung und vieler anderer gesellschaftlicher Bereiche. Die Veränderung hat längst begonnen. Ebenso unbestreitbar kann es nicht das Ziel der Einrichtungen der Allgemeinen Weiterbildung, insbesondere der Volkshochschulen sein, ihr Angebot vollständig zu digitalisieren. Das soziale Lernen unter physisch Anwesenden wird der Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben. Bildung durch physische Begegnung gehört zum Markenkern der Volkshochschule. Deshalb ist unser Ziel die **analogitale vhs**.

Die analogitale vhs hat hinsichtlich der Digitalisierung drei Aufgaben:

- a) Allen Gruppen der Bevölkerung die Kulturtechnik des Umgangs mit digitalen Medien zu vermitteln. Wir dürfen die Bildungsspaltung der Gesellschaft, die sich aus der bei uns zu starken Kopplung von Bildung und Herkunft ergibt, nicht digital reproduzieren. Im Gegenteil. Die Digitalisierung bietet die Chance, der Bildungsspaltung entgegen zu wirken.
- b) Die herkömmlichen Lern- und Bildungsangebote digital zu erweitern. Stichwort: Erweiterte Lernwelten.
- c) Den politisch-gesellschaftlichen Dialog über die Digitalisierung und ihre Folgen zu befördern.

3. Integration

Auch wenn das Thema mittlerweile in die zweite Reihe der politischen Aufmerksamkeit gewandert ist, bleibt es dabei, dass es sich bei der Integration nach wie vor um eine erstrangige Bildungsaufgabe handelt. Unerledigt ist derzeit vor allem zweierlei:

Nach der sprachlichen die kulturelle und soziale Integration der zu uns Gekommenen in Angriff zu nehmen.

Und neben den zu uns Gekommenen gilt es auch die einheimische Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Gutes Ankommen setzt auch gutes Aufnehmen voraus. Und gutes Aufnehmen erfordert interkulturelle Kompetenz, die wir noch erheblich erweitern müssen. Integration ist eine zweiseitige Leistung und deshalb eine zweiseitige Bildungsaufgabe.

4. Stärkung der Demokratie

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sprach vor wenigen Wochen in seinem Festvortrag zum 100. Geburtstag der Volkshochschule in der Paulskirche ausführlich davon, dass das Grundgesetz neugierige Bürgerinnen und Bürger voraussetze. Das kann man gar nicht genug betonen. Denn nur neugierige Bürgerinnen und Bürger werden auch zu gut informierten, kommunikations- und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürgern, auf die die Demokratie existentiell angewiesen ist.

Mit politischer Information ist es also beileibe nicht getan. Insbesondere populistische Positionen und die Instrumentalisierung von fake news setzen darüber hinaus politische Urteilskraft voraus. Politische Urteilskraft erfordert über Informationen hinaus einen Bildungshintergrund, der die notwendigen unterschiedlichen Kompetenzen zu einer entscheidungsfähigen Einheit integriert. Deshalb heißt die Aufgabe politische **Bildung**.

Diesen Bildungshintergrund bei möglichst vielen Menschen zu schaffen, ist derzeit besonders wichtig. Nicht nur wegen einer gewissen Hochkonjunktur populistischer Äußerungen und gezielter Desinformation, sondern auch wegen des notwendigen Widerspruchs gegen rassistische, extremistische und diskriminierende Äußerungen. Und nicht zuletzt: wegen der notwendigen Wiederbelebung der europäischen Idee und ihrer Umsetzung.

Dass Mindestteilnehmendenzahlen und finanzielle Eigenbeteiligungen Politische Bildung erfahrungsgemäß nicht befördern, sondern behindern, sei hier erneut angemerkt.

II. Die institutionelle Herausforderung für die Weiterbildungseinrichtungen

Neben die genannten vier gesellschaftlichen Herausforderungen tritt eine institutionelle Herausforderung der Weiterbildungseinrichtungen: der Paradigmenwechsel zur Aufsuchenden Bildungsarbeit.

Weiterbildungsangebote für alle sind nur dann möglich, wenn sich die Bildungseinrichtungen auf bildungsungewohnte Menschen zu bewegen. Zukünftige Bildungsarbeit ist deshalb wesentlich aufsuchende Bildungsarbeit. Allerdings verlangt aufsuchende Bildungsarbeit von den Bildungseinrichtungen und ihren Mitarbeitenden die Bereitschaft und die Fähigkeit, bisher unübliche Wege zu gehen.

Wichtige Zugänge liegen etwa in der Einbeziehung der bildungsungewohnten Menschen als Experten in eigener Sache und in einer besonderen und individuellen Ansprache der Zielgruppen. Für diese Aufgabe benötigen die Mitarbeitenden der Bildungseinrichtungen Kompetenzen außerhalb der klassischen Bildungsarbeit, die sie nur durch Fortbildung erwerben können.

III. Die finanzielle Herausforderung des Landes

Die jüngst erschienene Studie der Bertelsmann-Stiftung „Weiterbildungsfinanzierung in Deutschland 1995 – 2015“ zeichnet in ihrer ursprünglichen, aber auch noch in ihrer korrigierten Fassung ein ernüchterndes Bild: Die staatlichen Investitionen in die öffentliche Weiterbildung sind deutlich zu gering.

Das trifft auch auf B-W zu. Allerdings besteht in B-W Grund zur Hoffnung, ja zur Zuversicht: Seit 2012 hat das Land die Grundförderung der Allgemeinen Weiterbildung - wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau - mehr als verdoppelt. Für die Jahre 2020 und 2021 sind weitere ca. 5 Millionen Euro jährlich fest zugesagt. Dann wird die b-w Landesförderung nicht mehr bundesunterdurchschnittlich sein. Aber mit Durchschnittlichkeit darf sich B-W auch auf diesem Feld nicht zufrieden geben.

Neben den genannten Sonder- und Programmförderungen bedarf es also der kontinuierlichen Erhöhung der Grundförderung, damit die Weiterbildungseinrichtungen ihren sozial- und bildungspolitischen Verpflichtungen nachkommen können. Denn nur eine solche Grundförderung erlaubt die Entwicklung und Fortentwicklung einer leistungsfähigen und wohnortnahen Weiterbildungsstruktur mit qualitätsbewusst und professionell arbeitenden Einrichtungen (s. vhs 2022).

IV. Schlussbemerkung zur Notwendigkeit von Weiterbildung und zu ihren Grenzen

Unsere Gesellschaft sieht sich derzeit veranlasst, immer drängender danach zu fragen, was sie eigentlich zusammenhält. Die Frage kam 2015 anlässlich verstärkter Zuwanderung auf. Der Grund für diese Frage ist aber ein anderer. Unser Grundgesetz konstituiert eine pluralistische, also eine ziemlich anspruchsvolle und voraussetzungsreiche Gesellschaft, deren Integrations- und Inklusionsprinzip Vielfalt und Differenzierung ist.

„Vielfalt und Differenzierung“ klingt eher nach Desintegration. Und Einheit durch Vielfalt klingt schon ziemlich paradox. Die Paradoxie indiziert die Kompliziertheit unseres Gesellschaftsmodells. Und genau damit ist sie das Maß für die Notwendigkeit von Bildung und Weiterbildung: Voraussetzungsreiche und anspruchsvolle Gesellschaften sind auf Bildung und Weiterbildung existentiell angewiesen.

So wie unser sozialer Zusammenhalt nicht ohne die Eindämmung sozialer Ungleichheit denkbar ist, so ist er auch nicht ohne ein verhältnismäßig hohes Maß an Allgemeinbildung denkbar.

Damit ist zugleich eine erhebliche Gefahr für Bildung und Weiterbildung beschrieben: die Gefahr der Überforderung. Was mit einem gesellschaftlichen Subsystem geschieht, das seine Leistungsfähigkeit überschätzt, können wir an der Politik beobachten. Lassen wir es im Bildungssystem so weit nicht kommen. Folgen wir dem Motto: Wir können alles, außer hexen.